



LIECHTENSTEINER Vaterland

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN - TAGBLATTVERBUND - TEL. +423 236 16 16 - www.vaterland.li**Jessica Hilzinger muss pausieren**

Die Schaanerin ist zuversichtlich, dass die Verletzungen aus einem Training schnell heilen. 13

Zum Thema Gewalt an Frauen

Das Stück «Never Enough» wurde im Schlösslekeller in Kooperation mit dem Frauenhaus aufgeführt. 7

REC Ab in die Berge!

20 Live-Webcams
aus den Bergen in der Region**Altbürgermeister Konrad verstorben**

Die Gemeinde Vaduz informierte gestern, dass Altbürgermeister Arthur Konrad am 8. Dezember im Alter von 91 Jahren verstorben ist. Er war während vieler Jahre in verantwortungsvollen Funktionen für die Gemeinde Vaduz tätig.

Von 1980 bis 1995 amtierte Arthur Konrad als Bürgermeister. Für die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) war er zuvor bereits Mitglied im Gemeinderat (1972 bis 1979), davon vier Jahre als Vizebürgermeister. Im Jahr 1993 wurde ihm das Grosse Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich und im Jahr 1997 das Ritterkreuz des Fürstlich Liechtensteinischen Verdienstordens für sein Engagement verliehen. (red)

Arthur Konrad

Bild: Gemeinde Vaduz

Sapperlot

Haben Sie noch alle Tassen im Schrank – oder wenigstens eine, die Sie bei ihrem Besuch auf dem Weihnachtsmarkt nicht zurückgegeben haben? Können Sie diese Frage mit Ja beantworten, haben Sie – rein rechtlich gesehen – eine Unterschlagung begangen, wegen der theoretisch ein Strafantrag gestellt werden könnte. Allerdings gehören Sie wohl zur Minderheit der Weihnachtsmarkbesuchenden, wenn keine solche Tasse in Ihrem Schrank steht. In einem Bericht von «swr.de» wird die Organisatorin des Weihnachtsmarktes der Stadt Ulm zitiert: «Wer den Pfandbetrag nicht zurückverlangen möchte, kann die Tasse selbstverständlich behalten». Manche Standbetreiber sind da ganz anderer Meinung. Das wiederum lässt die Frage auftreten, warum sich der Veranstalter die Mühe macht, die Umlauftassen mit der jeweiligen Jahreszahl wie ein hübsches Sammler-Souvenir aussehen zu lassen, wenn es eigentlich gar nicht so gemeint ist. Nicole Öhri-Elkuch



Radio L: Land erhält eine Million Franken zurück

Eine Einigung mit dem Vermieter führt zur Teilrückzahlung des Landesbeitrags.

Gary Kaufmann

Anfang April ist Radio Liechtenstein verstimmt, bald sollen auch die letzten Verpflichtungen abgeschlossen werden. Die Räumlichkeiten in Schaan sind geräumt und wurden bereits zurückgegeben. Mit dem Vermieter konnte eine Einigung für einen vorzeitigen Auszug per 31. Dezember 2025 erzielt werden; ursprünglich war der Mietvertrag bis 2029 datiert. Die Vereinbarung sieht wie folgt aus: Der Vermieter erhält sieben zusätzliche Monatsmieten als Ausgleichszahlung, um allfällige Ausfälle zu überbrücken. Im Gegenzug verzichtet er auf den vertraglich vereinbarten Rückbau, womit für den Liechtensteinischen Rundfunk (LRF) nur die üblichen Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten fällig würden. Dies geht aus der Beantwortung einer Kleinen Anfrage hervor, welche die Abgeordnete Tanja Cissé (VU) im Dezember-Landtag gestellt hat.

Der Staatshaushalt profitiert davon, dass das Mietverhältnis vorzeitig

aufgelöst wird und doch kein Rückbau mehr erforderlich ist. Der LRF wird einen Teil des Landesbeitrags 2025 zurückzahlen, sagte Regierungsrat Hubert Büchel vergangene Woche im Landtag. Auf Nachfrage des «Vaterlands» wird sein Ministerium nun genauer: Die Rückzahlung an das Land Liechtenstein wird aktuell auf eine Größenordnung von ungefähr einer Million Franken geschätzt. Dies entspricht einem Viertel des jährlichen Landesbeitrags, den Radio L zuletzt erhalten hat (3,95 Millionen Franken).

Hängiges Gerichtsverfahren mit gekündigtem Mitarbeitenden

Das frühzeitige Handeln der Verantwortlichen zeigt demnach Wirkung. «Als klar wurde, dass es für den LRF keine Nachfolgelösung geben wird, hat der Verwaltungsrat den Sendebetrieb rasch eingestellt. Damit konnten alle Verpflichtungen und Verträge gekündigt und die Fristen für Weiterzahlungen so kurz als möglich gehalten werden», erklärte Regierungsrat Hubert

Büchel. Wie das Mietverhältnis sollen alle noch bestehenden Arbeitsverhältnisse bis Ende Jahr aufgelöst werden. Gut ein halbes Dutzend Mitarbeitende konnten bisher noch keine neue Anstellung finden. «Sie werden von der LRF-Leitung so gut wie möglich unterstützt», informierte Büchel. Einige Mitarbeitende haben vor Ablauf der Kündigungsfrist einen neuen Job gefunden, viele mussten dafür die Branche wechseln. Entsprechend haben sie die ihnen zustehende Summe aus dem Sozialplan nicht vollständig ausge schöpft.

Eine noch offene Pendenz für den LRF ist ein hängiges Gerichtsverfahren. Ein gekündigter Mitarbeitender hat Rechtsmittel ergriffen, nachdem man sich wegen des Kündigungsdatums nicht einig wurde. Dieser Fall stehe in keinem Zusammenhang mit der Stillegung von Radio L, so Regierungsrat Büchel. Der Verwaltungsrat des LRF sei jedoch zuversichtlich, diese Angelegenheit noch im laufenden Jahr abzuschliessen.

Vertrauen in Schulamt bleibt unbeschädigt

Die wiederholten Negativschlagzeilen rund um das Schulamt sorgten vergangene Woche für Fragen im Landtag. Der Umstand, dass Bildungsminister Daniel Oehry Anfang November Schulamtsleiterin Rachel Guerra bei der Staatsanwaltschaft angezeigt hat, sorge «nicht nur innerhalb der Landesverwaltung, sondern auch bei Lehrpersonen und Eltern für erhebliche Verunsicherung», sagte die VU-Abgeordnete Carmen Heeb-Kindle und richtete daher eine Kleine Anfrage zur Situation im Bildungswesen an die Regierung.

Bildungsminister Daniel Oehry betonte in seiner Antwort jedoch, dass die aktuell in Abklärung stehenden Sachverhalte «kein Grund für einen Vertrauensentzug gegenüber dem Schulamt oder gar gegenüber den Bildungsinstitutionen» seien. Der Frage, ob er als Bildungsminister nach der von ihm selbst erstatteten Anzeige weiter hinter der Schulamtsleiterin stehe, wich Oehry hingegen aus. (red) 3

150 000 Franken Spenden gesammelt

Bei der vierten Ausgabe von «Voice for Life» wurden 150 000 Franken Spendengelder gesammelt. Unter dem Motto «Unternehmer im Kampf gegen den Krebs» trafen sich vergangenen Sonntag zum vierten Mal Persönlichkeiten aus der Region in Sevelen, um bei Livemusik und feinen Häppchen Spenden für die Swiss Cancer Foundation zu sammeln. (red) 9

Russisches Öl zum Schleuderpreis

Der Kreml zieht Bilanz – und vor allem ein Wert sorgt für Unruhe: Der Preis für russisches Erdöl der Sorte Urals ist im November dieses Jahres auf unter 45 US-Dollar pro Barrel gefallen. Das geht aus einem Bericht des russischen Wirtschaftsministeriums hervor. Seit Oktober ist der Urals-Preis um 18 Prozent eingebrochen. Auslöser waren die neuen Sanktionen der Regierung von Donald Trump, die die Konzerne Rosneft und Lukoil trafen und sie zwangen, ihre Rabatte deutlich auszuweiten. Für Russland ist der Einbruch erheblich: Im Januar 2025 lag der Preis für ein Barrel Urals noch bei über 67 Dollar. Nur während der Coronapandemie war die Lage schlechter als heute – damals fiel der Preis auf rund 43 Dollar.

Der russische Ökonom Dmitri Nekrasow sagt im Gespräch mit CH Media, dass Russland sein Öl tatsächlich fast zum Schleuderpreis verkaufe. Allerdings müsse man dabei einige Feinheiten berücksichtigen. (red) 21

Meinungsfreiheit stand am Tag der Menschenrechte im Mittelpunkt

Das Recht, seine Meinung frei zu äußern, ist ein Fundament jeder Demokratie. Die Entwicklung der Medienlandschaft zeigt, wie verletzlich dieses Recht ist. Darum lud der Verein für Menschenrechte gestern unter dem Titel «Freiheit, Fakten, Fakes» in den kleinen Saal in Schaan ein. 5

Bild: Paul Trummer

